

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/05/2006
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 27.09.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht ARGE Hagen
4. Bericht der Freiwilligenzentrale
5. Gesundheitsberichte der Stadt Hagen
Indikatorengestützter Basisgesundheitsbericht der Stadt Hagen 2005
Vorlage: 0462/2006
6. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Sozialausschusses.

Sie teilt mit, dass sie die Sitzung des Sozialausschusses vom 28. November 2006 auf den 21. November verlegen möchte. Sie bittet, den Termin zu notieren.

2. Mitteilungen

Herr Steuber weist auf ein Papier hin, das zu einer Nachfrage zur Belegung des Männerasyls, der Beratungsstelle und der Wohntage ausgelegt wurde (**siehe Anlage**). Man habe eine abgestimmte Einschätzung mit der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes im Zusammenwirken mit der Zentralen Fachstelle vorgelegt und er hoffe, dass damit die Fragen abschließend beantwortet seien.

Frau Machatschek informiert darüber, dass am morgigen Tag ab 14.30 Uhr ein sogenannter Armutsspaziergang stattfindet. Dazu eingeladen habe der DGB und der Kirchenkreis Hagen. Sie bedaure sehr, dass dieser Termin zur gleichen Zeit stattfindet wie die Ratssitzung, so dass dessen Mitglieder nicht daran teilnehmen könnten. Sie appelliert an die Veranstalter des Armutsspazierganges, zukünftig darauf zu achten, dass die Termine sich nicht überschneiden. Sie hoffe, dass der Sozialausschuss eine Rückmeldung über die Veranstaltung bekomme. Sie lädt diejenigen herzlich ein, an dem Spaziergang teilzunehmen, die die Möglichkeit hätten.

Frau Buchholz teilt nähere Daten zu der Veranstaltung mit.

Herr Dücker bittet für den Fall, dass dieser Spaziergang wiederholt würde, dies zu einem Zeitpunkt zu tun, an dem auch Berufstätige Zeit hätten, beispielsweise an einem Samstag Nachmittag.



3. Bericht ARGE Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Rumberg weist auf eine Tischvorlage aus dem Bereich der ARGE hin (**siehe Anlage**), die er im Folgenden näher erläutert.

Frau Buchholz nimmt Bezug auf den Kreis der unter 25-jährigen, die ja nur in Ausnahmefällen einen eigenen Haushalt gründen dürfen. Sie möchte wissen, wer das prüfe und ob es eine Zusammenarbeit mit anderen Stellen wie zum Beispiel dem Jugendamt gebe. Wie sei das strukturell geregelt?

Herr Rumberg antwortet, dass die Fallmanager das in eigener Verantwortung regeln und sich natürlich auch an anderer Stelle bedienen, um Entscheidungen zu treffen.

Frau Timm-Bergs möchte wissen, ob mit der Bund-Länder-Initiative die 58plus-Maßnahme gemeint sei und was mit dem Begriff „Einstiegsgehalt“ gemeint sei.

Herr Rumberg bestätigt die erste Frage. Die Betroffenen hätten von diesem Angebot der Teilnahme an einer AGH-Maßnahme nicht in ausreichendem Ausmaß Gebrauch gemacht hätten. Mit dem Begriff „Einstiegsgehalt“ sei die Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit gemeint.

Herr Brüggemann möchte in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Werkhof wissen, ob es bezüglich des Angebotes von Arbeitsgelegenheiten mittlerweile eine schriftliche Vereinbarung mit dem Werkhof gebe. Es gehe ja hier um Planungssicherheit und den Verlust von Arbeitsplätzen.

Herr Rumberg erläutert das Verfahren mit den Trägern aus Sicht der ARGE.

Herr Steuber stellt fest, dass die Zahl der Vermittlungen der unter 25-jährigen gering sei. Er möchte von Herrn Rumberg wissen, ob er sich noch etwas von den geplanten Maßnahmen der Bundesregierung etwas verspreche. Könnte man mit den Arbeitgebern in Hagen noch etwas im Hinblick auf Vermittlung in eine Ausbildung noch etwas gestalten?

Herr Rumberg erklärt, dass es in diesem Bereich doppelt so viel Bewerber wie Ausbildungsstellen gebe. Die ARGE habe eigene Ausbildungsstellenvermittlungen. Die Zahl der Bewerber sei täglich schwankend. Die ARGE führe im Oktober Konsensgespräche mit den Kammern (Handwerk und SIHK), um unversorgte Bewerber unterzubringen.

Frau Machatschek möchte wissen, wieviel Jugendliche davon noch profitieren



könnten.

Herr Rumberg möchte hier keine Zahl nennen, da dies schwer zu sagen sei.

Herr Kilic nimmt Bezug auf eine geplante Maßnahme der Bundesregierung für ausländische Jugendliche und möchte wissen, ob dieses Angebot auch in Hagen umgesetzt würde.

Herr Rumberg antwortet, dass Bundesprogramme natürlich auch in Hagen umgesetzt würden. Es gebe hier doppelte Zuständigkeiten. Ein Großteil der beruflichen Vermittlung in die Erstausbildung sei Aufgabe der Bundesagentur. Eine Besonderheit sei, dass die Vermittlung von Jugendlichen, die SGB II-Empfänger seien, von der ARGE in Kooperation mit der Bundesagentur übernommen würde. Die Berufsberatung sei nach wie vor in der Hand der Bundesagentur.

Frau Machatschek fragt, welche Instrumente der ARGE denn dann noch verblieben. Welches Procedere fände denn dann für diejenigen statt, die schon einen Durchlauf gehabt hätten.

Herr Rumberg teilt mit, dass es für diesen Personenkreis Sonderprogramme gebe. Hier gebe es für Arbeitgeber die Möglichkeit einer finanziellen Förderung, wenn sie diesen Jugendlichen eine Chance gäben, eine Ausbildung zu machen.

Frau Machatschek äußert ihr Erschrecken über die hohe Zahl von Jugendlichen, die SGB II-Kunden seien.

Herr Vaupel bittet abschließend, den Ausschussmitgliedern die Unterlagen bereits vor der Sitzung mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung zu stellen. So könne man sich viel besser auf die Thematik vorbereiten.

4. Bericht der Freiwilligenzentrale

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek begrüßt Frau Krause und Herrn Nestmann von der Freiwilligenzentrale.

Herr Nestmann bedankt sich ganz herzlich für die Einladung des Sozialaus-



schusses und stellt seine Kollegin vor. Frau Krause sei als hauptamtliche Leiterin mit 10 Stunden in der Woche in der Freiwilligenzentrale tätig. Er selbst sei seit sieben Jahren der Vorsitzende des Trägervereins als Vertreter der Stadt Hagen.

Er weist auf die ausgelegte Broschüre zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ hin.

Im Folgenden stellt Frau Krause die Arbeit der Freiwilligenzentrale vor.

Frau Machatschek bedankt sich für den engagierten Vortrag.

Herr Nestmann weist darauf hin, dass die Freiwilligenzentrale aus einem engagiertem Team von zehn Leuten bestehe, davon eine hauptamtliche und neun ehrenamtliche Kräfte. Weitere ehrenamtliche Helfer seien jederzeit herzlich willkommen.

Er sei sehr dankbar, dass die Arbeit der Freiwilligenzentrale in den letzten Jahren finanziell unterstützt worden sei. Zur Zeit belaufe sich das Budget auf 30.000 €. Dieser Betrag setze sich zusammen aus einem Zuschuss der Stadt in Höhe von 17.000 €, Mitgliedsbeiträgen des Diakonischen Werkes und der Caritas in Höhe von jeweils 5.000 € und kleineren Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Spenden und Projektmittel gingen zu 100 % wieder raus. Daran verdiene man nichts.

Die 30.000 € würden benötigt, um den jetzigen Stand zu halten. Er bittet, die 17.000 € im nächsten Jahr wieder einzustellen. Ohne diesen Zuschuss könnte die Freiwilligenzentrale nicht aufrechterhalten werden. Er bittet, den Zuschuss in den Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen.

Frau Machatschek wünscht alles Gute für die Arbeit der Freiwilligenzentrale .

Herr Mervelskemper möchte wissen, wieviel Personen in der Woche die Freiwilligenzentrale aufsuchten und ihre ehrenamtliche Arbeit anböten.

Frau Krause weist darauf hin, dass das Büro nicht in der ganzen Woche geöffnet sei.

In den Zeiträumen, die zur Verfügung stünden, hätten sich in diesem Jahr 50 Leute gemeldet.

Herr Brüggemann fragt, was sich gesellschaftspolitisch verändert habe, dass das Ehrenamt für den Bürger interessant geworden sei.

Frau Krause erklärt, dass das klassische alte Ehrenamt selten sei. Vielmehr finde man Formen des neuen Ehrenamtes, bei denen die Leute einen ganz klaren Selbstbezug aussprechen.

Frau Machatschek stellt abschließend fest, dass die Bitte von Herrn Nestmann bezüglich des Zuschusses in den Haushaltsplanberatungen für 2008 berücksichtigt würde.



**5. Gesundheitsberichte der Stadt Hagen
Indikatoren-gestützter Basisgesundheitsbericht der Stadt Hagen 2005
Vorlage: 0462/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Dr. Specht erläutert die Daten des Basisgesundheitsberichtes.

Herr Mervelskemper stellt fest, dass auffällig sei, dass die Zahlen für Hagen im Bereich der Einweisungen in die Psychiatrie auffallend im Vergleich zu den anderen Städten abweichen.

Frau Dr. Sommer führt das positive Ergebnis im Bereich der Zwangseinweisungen auf gute vorbeugende Maßnahmen zurück. Die Zahlen seien seit Jahren konstant.

Frau Machatschek fragt, ob es zu einem späteren Zeitpunkt möglich wäre, über die Entwicklung im Bereich der Hospizbewegung in Hagen und parallel dazu über die Palliativstation zu berichten.

Anschließend stellt sie den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Hagener Gesundheitskonferenz hat in der Sitzung am 05.04.2006 den Bericht "Indikatoren-gestützter Basisgesundheitsbericht der Stadt Hagen 2005" verabschiedet. Der Bericht ist fortzuschreiben.
2. Für die Stadt Hagen entstehen - auch bei Durchführung der empfohlenen Maßnahmen - keine zusätzlichen finanziellen Belastungen.
3. Die empfohlenen Maßnahmen betreffen ausschließlich örtliche Zuständigkeiten nach § 5 der Ausführungsverordnung nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst.
4. Dem Rat der Stadt wird empfohlen, den Gesundheitsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Herr Meier richtet an die Vertreterinnen des Gesundheitsamtes die Frage, inwieweit es auch für Kompatienten in Hagen Wohn/Angebote gebe.



Frau Dr. Sommer antwortet, dass es keine Einrichtungen für Komapatienten in Hagen gebe. In Einzelfällen nähmen Pflegeheime durchaus Komapatienten auf. Die Frage nach dem Bedarf von solchen Einrichtungen müsse man zusammen mit der Heimaufsicht ggf. recherchieren.

Herr Röspel berichtet in diesem Zusammenhang, dass sich das Pflegeheim St. Martin sich zur Zeit für die Aufnahme von Komapatienten qualifiziere. Die ersten zwei Bewohner seien bereits aufgenommen worden. Eine Station werde dafür vorbereitet.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.45 Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Krause
Schriftführerin